



Presseinformation

Anbauverbot für MON 810 ist Willkürakt

Ministerin riskiert Schadensersatzklagen in Millionenhöhe

Bonn, 14. April 2009. Der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V. (BDP) kritisiert die Entscheidung von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner, den Vertrieb und Anbau von MON 810 ohne wissenschaftliche Begründung zu untersagen, scharf. Mit dieser politisch motivierten Entscheidung markiert die Ministerin den Abschied von Fortschritt und Innovation und riskiert die Spitzenposition des Forschungsstandortes Deutschlands.

Nach Auffassung des BDP liegen keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse vor, die ein Anbauverbot rechtfertigen. Das zeigt auch die nach Angaben des Ministeriums uneinheitliche Empfehlung der Behörden. „Es ist erschreckend festzustellen, wie die Ministerin die Kompetenz ihrer eigenen Einrichtungen in Frage stellt“, so Dr. Ferdinand Schmitz. Offensichtlich stütze sie sich auf wissenschaftlich fragwürdige Studien des Bundesamtes für Naturschutz (BfN). Damit widersetzt sich die Ministerin der europäischen Gesetzgebung, die für den Ausruf der Schutzklausel neue wissenschaftliche Erkenntnisse über Sicherheitsbedenken verlangt.

Der Verweis auf andere EU-Mitgliedstaaten, die nationale Anbauverbote erlassen haben, ist ebenfalls haltlos. Die vorgebrachten Studien sind bereits widerlegt: Zuletzt hat eine französische Behörde der von Österreich angeführten Begründung für eine nationale Schutzklausel widersprochen. Die Länder sind zum Aufheben der Verbote aufgefordert und nur die Politik hält die Kommission davon ab, vor den Europäischen Gerichtshof zu ziehen.

„Frau Aigner wird den betroffenen Unternehmen, der Europäischen Union und den Landwirten auch persönlich Rede und Antwort stehen müssen“, sagt Dr. Ferdinand Schmitz, Geschäftsführer im BDP. „Es drohen Millionenklagen. Das Vorgehen, um die Aussaat einer rechtmäßig zugelassenen Sorte zu unterbinden, ist offensichtlich dem Europawahlkampf der CSU geschuldet.“ Seit über 10 Jahren entscheiden sich Landwirte in der ganzen Welt jedes Jahr aufs Neue, gentechnisch veränderte Pflanzen anzubauen. Es liegen keinerlei Erkenntnisse über Sicherheitsbedenken gentechnisch veränderter Produkte vor. „Nicht zuletzt dürfen ja auch die bayerischen Kühe in Zukunft gentechnisch veränderte Futtermittel fressen“, so Dr. Schmitz abschließend.

Info:

Der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V. (BDP) mit Sitz in Bonn und Berlin ist die berufsständische Vertretung der rund 130 deutschen Pflanzenzuchtunternehmen und Saatenhändler aus den Bereichen Landwirtschaft, Gemüse und Zierpflanzen. Mit einer F&E-Quote (Forschung & Entwicklung) von 16,9 Prozent gehört die Pflanzenzüchtung zu den innovativsten Branchen in Deutschland. Rund 12.000 Beschäftigte finden in ihr einen Arbeitsplatz und legen mit ihrer Tätigkeit die Basis für eine erfolgreiche Landwirtschaft und die darauf folgenden Stufen der Wertschöpfungskette.